

Dr. Klaus Hink - Stadtrat  
Haushaltsrede 28.02.2023

Herr Vorsitzender,  
meine Damen und Herren des Gemeinderates,  
Sie können natürlich Beschlüsse gegen die Realität oder gegen Recht und Gesetz fassen. Sie dürfen sich dann aber nicht wundern, wenn Sie von der Realität oder von Recht und Gesetz eingeholt werden. Im vorliegenden Fall werden Sie von der Realität eingeholt.

Vor einem Jahr haben Sie einen Haushalt für 2023 verabschiedet, in dem 8,22 Mio. EUR als Einnahme verbucht waren, die die Nachbarkommunen für die Sanierung des Gymnasiums Plochingen zahlen sollten. Für jeden denkenden Menschen musste klar sein, dass diese Zahlung nicht erfolgen würde. Meinen Antrag, den finanziellen Beitrag der Nachbarkommunen daher auf "0" zu setzen, haben CDU, SPD und OGL abgelehnt. Sie haben damit deutlich gemacht, dass sie das Prinzip der kaufmännischen Vorsicht nicht kennen oder ablehnen. Im Nachtragshaushalt 2023 taucht mein Antrag wieder auf, dieses Mal allerdings aus der Feder des Bürgermeisters. Es heißt: "... wird der finanzielle Anteil der Nachbarkommunen im Jahr 2023 von 8,22 Mio. EUR auf 0,00 EUR gesetzt." Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass Sie diesem Passus zustimmen werden.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,  
am 24.09.2019 hat sich der Gemeinderat mit der Generalsanierung des Gymnasiums Plochingen befasst. Damals hat BM Buß in GR-Drucksache 130-1/2019 geschrieben, dass die finanzielle Beteiligung der Nachbarkommunen 26,4 Mio. EUR bei 58,4 Mio. EUR Gesamtkosten betragen solle. Der Gemeinderat hat dann einstimmig beschlossen, die Stadtverwaltung zu beauftragen, einen Förderantrag für den Neubautrakt Fachklassen zu stellen, nach Einsparpotenzialen zu suchen und Vorschläge zur Kostenreduzierung inkl. Neubauvariante zu entwickeln und einen Kostenvergleich Neubau- Sanierung vorzulegen.

Der Gemeinderat kannte zu diesem Zeitpunkt die öffentlich-rechtliche Vereinbarung von 1964 zwischen Plochingen und den Nachbarkommunen nicht. In dieser Vereinbarung heißt es in § 1: "Das Gymnasium steht im Alleineigentum der Stadt Plochingen und wird von ihr baulich unterhalten." Nachdem die Nachbarkommunen am 17.12.2020 in einer Pressekonferenz auf diese Vereinbarung hingewiesen haben, erfuhr ich am selben Tag von BM Buß per E-Mail von der Existenz dieser Vereinbarung.

Aber das ist noch nicht alles: Am 24.09.2019 ging bei BM Buß ein Schreiben des Reichenbacher Bürgermeisters ein, das BM Buß nach meiner Erinnerung dem Gemeinderat am 24.09.2019 nicht bekanntgab. Es findet sich jedenfalls auch im Sitzungsprotokoll kein Hinweis auf dieses Schreiben. Das vollständige Schreiben, das im Internet zu finden ist, hänge ich an die Rede an. Hier nur einige Auszüge:

- "heute Morgen habe ich Ihre Mail mit dem Schreiben zur Sanierung und Erweiterung des

Gymnasiums Plochingen erhalten - und heute Abend wollen Sie entscheiden."

- " Deshalb haben Sie ja auch alle relevanten und kostenbedeutsamen Beschlüsse selbst gefasst - das ist auch Ihr gutes Recht. Solange man das, was man bestellt, auch selbst bezahlt, ist das kein Problem. Nur ist es in Ihrem Fall anders. Sie beschließen, was Sie wollen und verlangen dann vom Umfeld, den Hauptteil der anfallenden Kosten zu bezahlen, ohne dass wir mitentscheiden konnten."

- " Auch die Größe der Schule ist von Relevanz. Sie schreiben, dass Kultusministerin Eisenmann die 6-Zügigkeit als notwendig erachtet. Diese Auffassung teilen wir nicht. Wenn Sie als Schulträger die Unfinanzierbarkeit einer 6-zügigen Schule darlegen können, käme mit Sicherheit eine 5-Zügigkeit und die damit verbundene Schülerlenkung zum Erfolg. Das haben die letzten beiden Einschulungstermine bereits bewiesen. Da die Nachbarkommunen an diesen Gesprächen nie beteiligt worden sind, können wir davon ausgehen, dass seitens des Schulträgers auf eine Verkleinerung der Schule nicht wirklich ernsthaft hingewirkt worden ist.

- "... die Stadt Plochingen hat nie ernsthaft versucht, die Nachbarkommunen in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Das lässt sich wunderbar an der heutigen Kommunikation beweisen. Wir wurden für den heutigen Tag zu einem Informationsgespräch eingeladen. Es gab für uns weder eine Tagesordnung noch irgendein Informationsmaterial. D.h. heute um 14.00 hätten Sie uns dies alles zum 1. Mal mitgeteilt um es dann am selben Abend zu beschließen."

So weit Auszüge aus dem Schreiben des Reichenbacher Bürgermeisters.

Ob die Diskussion im Gemeinderat am 24.09.2019 so verlaufen wäre, wie sie verlaufen ist und ob er beschlossen hätte, was er beschlossen hat, wenn er die öffentlich-rechtliche Vereinbarung von 1964 und das Schreiben des Reichenbacher Bürgermeisters vom 24.09.2019 gekannt hätte, bezweifle ich.

Nachdem Sie Herr Bürgermeister Buß, mit Ihrer Vorgehensweise den Karren an die Wand gefahren haben, inszenieren Sie jetzt ein Possenspiel - ich meine die Online-Petition. Wie hoch die Förderung des Landes ist, wussten Sie vor Beginn der Sanierung. Jetzt das Land aufzufordern, die Förderung zu erhöhen, kann nur als leicht zu durchschauendes Ablenkungsmanöver vom eigenen Versagen verstanden werden. Bei der Online-Petition stößt mir besonders sauer auf, dass es auf der Homepage der Stadt Plochingen heißt: "Stadtverwaltung unterstützt CDU-Petition zum Gymnasium - Geben auch Sie Ihre Stimme ab!" Die kollektive Inanspruchnahme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine parteipolitische Kampagne erinnert mich an jene DDR-Parolen, in denen es z.B. hieß: " Der VEB Elektrogeräte Hinterdusseldorf unterstützt den antifaschistischen Kampf der Parteiführung der SED." Ich fordere Sie auf, Herr Bürgermeister Buß, diesen Hinweis auf die Stadtverwaltung von der Homepage der Stadt zu entfernen. Mit der kollektiven Inanspruchnahme der Stadtverwaltung verletzen Sie die Persönlichkeitsrechte der

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt Plochingen.

Mit dem Flugblatt, Herr Bürgermeister, in dem Sie zur Beteiligung an der Online-Petition aufrufen, verstoßen Sie gegen geltendes Recht. Sie als Bürgermeister und die Herren Nussbaum und Dr. Hahn und Frau Dr. Hapke-Amann als stellvertretende Bürgermeister halten es nicht für nötig, den vorgeschriebenen Hinweis abzudrucken, wer im Sinne des Presserechts verantwortlich ist. Aber im Grunde rundet dieses Vorgehen die Sache ab.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
auf meine Anträge gehe ich hier nicht ein. Ich möchte zum Abschluß nur betonen, dass Bürgermeister Buß stets bemüht ist, an der Spitze des Zeitgeistes zu marschieren. Das führt z.B. auch dazu, dass er in die falsche Richtung läuft, wenn er von "Geflüchteten" spricht - offenbar in Unkenntnis, dass die UN diesen Begriff als diskriminierend bezeichnet. Selbstredend gendert er im Schriftverkehr. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich das Wirken des Herrn Bürgermeisters in Anlehnung an Erich Kästner wie folgt charakterisiere: "Und wenn es Mode wird, die Nägel blau zu hauen, tut er's auch."

Anlage: Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Reichenbach vom 24.09.2019